

MEHR GELD FÜR STÄDTEBAU

Wir haben die Städtebauförderung von 455 Millionen auf 700 Millionen Euro pro Jahr erhöht. Wichtig ist das Programm »Soziale Stadt«: Damit Städte die Integration meistern, stellen wir 150 Millionen Euro pro Jahr bereit. Ab 2017 wollen wir mit zusätzlichen 300 Millionen Euro jährlich den sozialen Zusammenhalt in den Städten stärken. Länder und Kommunen erhalten mehr Mittel für Sport-, Jugend- und Kultureinrichtungen und für Wohnraum für Studierende und Auszubildende.

BEZAHLBARES WOHNEN

Gutes Zuhause

Gesagt ✓
Getan ✓
Gerecht ✓

SPDFRAKTION.DE

HERAUSGEBERIN SPD-BUNDESTAGSFRAKTION,
PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTS-
FÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

STAND MÄRZ 2017

REDAKTION ÖFFENTLICHKEITSARBEIT, PLANUNGSGRUPPE

HERSTELLUNG SPD-BUNDESTAGSFRAKTION,
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

© **FOTOS** KLAUS VYHNALEK (TITEL), MONKEY BUSINESS/FOTOLIA

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT
AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES
WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

BEZAHLBARES WOHNEN

Mit der Mietpreisbremse, höherem Wohngeld und mehr Mitteln für den sozialen Wohnungsbau sorgen wir dafür, dass gutes Wohnen nicht zum Luxusgut wird. Mit mehr Geld für den Städtebau verbessern wir die Lebensqualität vor Ort.



MIETPREISBREMSE

In vielen großen Städten, insbesondere in Universitätsstädten und in Ballungsregionen, ist das Angebot an Wohnungen so knapp, dass die Mieten stark gestiegen sind. Deshalb gilt seit Juni 2015 die Mietpreisbremse. Bei der Wiedervermietung von Bestandswohnungen in

Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt dürfen Mieten höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Die Länder haben festgelegt, für welche Gebiete die Mietpreisbremse gilt. Und sie wirkt, die ersten Urteile gegen Vermieter liegen vor. Bei der Beauftragung einer Maklerfirma gilt: »Wer bestellt, der bezahlt« – in der Praxis meist der Vermieter.

Um die Mietpreisbremse noch wirksamer zu machen, wollen wir Vermieterinnen und Vermieter verpflichten, die Vormiete offenzulegen. Außerdem wollen wir den Rückzahlungsanspruch für zu viel gezahlte Miete verbessern, den Mietspiegel transparenter und rechtsicher machen und die Umlage von Modernisierungskosten auf die Mieterinnen und Mieter stärker begrenzen.

NEUBAU VON WOHNRAUM

Wir unterstützen den Neubau sowie den altersgerechten und energiesparenden Umbau von Wohnungen. Die Bundesmittel, die die Länder für die soziale Wohnraumförderung erhalten, haben wir 2016 auf mehr als 1 Milliarde Euro verdoppelt. Ab 2017 verdreifachen wir sie auf 1,5 Milliarden Euro pro Jahr. Für energetisches Bauen und Sanieren haben wir 2 Milliarden Euro bereitgestellt. Den altersgerechten Umbau und Maßnahmen zum Einbruchschutz fördern wir mit Zuschüssen.

MEHR WOHNELD

Wir haben 2016 das Wohngeld erhöht und angepasst, um Menschen mit geringem Einkommen zu unterstützen. 870.000 Haushalte profitieren, davon 90.000, die bisher auf Grundsicherung angewiesen waren. Reale Verbraucherpreise, Einkommensverhältnisse und Unterschiede bei den Wohnkosten werden nun berücksichtigt.